

PAKISTAN-SCHWEIZ: WUSSTEN DIE BANKEN VON BHUTTOS SCHIEBEREIEN?

Winkelzüge eines sauberen Paares

Bis zu achtzig Millionen US-Dollar hat die zweifache pakistanische Premierministerin Benazir Bhutto in die Schweiz verschoben. Es ging ganz einfach.

WASEEM HUSSAIN

An Universitäten in Venedig, London, New York und Washington DC hält sie Vorträge über die hohe Kunst der Staatsführung. Derweil ermittelt die pakistanische Regierung gegen sie: Korruption, Günstlingswirtschaft, unerlaubte Bereicherung und Amtsmissbrauch lauten die Anschuldigungen. Doch bisher kümmerte dies Benazir Bhutto wenig. Jetzt aber sind die Schweizer Bankkonten der früheren Premierministerin von Pakistan vorsorglich gesperrt worden. Die pakistanische Regierung hat Hinweise vorgelegt, die das Bundesamt für Polizeiwesen (BAP) in Bern überzeugten.

Im Oktober letzten Jahres hatte die damalige Premierministerin Benazir Bhutto dem Parlament ein neues Antikorruptionsgesetz vorgelegt – es war ein Versuch, ihre schwer angeschlagene Glaubwürdigkeit wiederherzustellen. Wenige Tage später kündigte der pakistanische Staatspräsident die Bildung einer parlamentarischen Rechenschaftskommission an, welche aufgrund des neuen Gesetzes korrupte Staatsangestellte und PolitikerInnen ihrer Missetaten überführen soll. Doch bevor Benazir Bhutto ihrerseits Rechenschaft ablegen kann, wurde sie am 5. November vom Präsidenten kraft eines anderen Gesetzes ihres Amtes enthoben. Danach nahm die Rechenschaftskommission ihre Arbeit auf. Ermittler der Geheimdienste Inter Service Intelligence (ISI) und Intelligence Bureau (IB) sowie der Polizei stellten bis Ende Mai ein umfassendes Dossier mit Beweismitteln und Indizien zusammen. Danach stehen Benazir Bhutto und ihr Ehemann Asif Zardari unter dem dringenden Tatverdacht, sich aus der Staatskasse bedient und das Geld im Ausland versteckt zu haben.

Mitte August beendete Saifur Rehman, Senator im Oberhaus und seit März Chef der Rechenschaftskommission, die Arbeit an seinem Untersuchungsbericht; gleichzeitig nahm er mit dem Bundesamt für Polizeiwesen in Bern Verbindung auf, um zu erfahren, wie ausländisches Fluchtgeld in der Schweiz gesperrt werden kann. Am 8. September schickte er dem BAP ein fünfzenseitiges Fax, noch am selben Tag ordnete das BAP die Sperrung von Konten bei mindestens vier Banken an. Am folgenden Tag meldete die Behörde Vollzug: Beat Frey, Chef der Sektion Internationale Rechtshilfe des BAP, informierte in einem ausführlichen Fax Senator Rehman über die Sperrung. Die pakistanische Regierung hat nun bis zum 8. Dezember Zeit, ein formelles Rechtshilfesuch an die Schweiz zu stellen. Von der Sperrung sind die UBS (Schweizerische Bankgesellschaft), die Citibank (Switzerland), die Barclays Bank (Suisse) SA und die Cantrade-Ormond-Burris betroffen. Ferner sind zwei Schweizer Firmen, ein Genfer Anwalt sowie eine Reihe von Tarnfirmen in den Fall verwickelt.

SECHS PROZENT FÜR BHUTTO

Der WoZ liegen Dokumente vor, welche die Winkelzüge des Ehepaars Bhutto-Zardari belegen. So liess Asif Zardari, Bhuttos Ehemann, durch den Genfer Anwalt Jens Schlegelmilch mehrere Tarnfirmen gründen. Diese Firmen, wie zum Beispiel die Mariston Securities Inc., wurden jedoch nicht in der Schweiz eingetragen, sondern auf den britischen Jungferninseln (British Virgin Islands) in der Karibik, einem beliebten Ort für sogenannte Offshore-Firmen, die oft einzig dem Zweck dienen, die Herkunft illegal erworbener Gelder zu vertuschen. Aus einer entsprechenden Mandatsvereinbarung mit Anwalt Schlegelmilch geht hervor, dass Zardari die Mariston Inc. nicht auf seinen eigenen Na-

men eintragen liess, sondern auf jenen seiner Schwiegermutter, Nusrat Bhutto. Die Mariston Inc. unterhielt Geschäftsbeziehungen zur international bekannten Genfer Firma Cotecna Inspection S.A. Nach Angaben des Vorsitzenden der pakistanischen Rechenschaftskommission, Senator Rehman, bot das Ehepaar Bhutto-Zardari der Cotecna S.A. die Exklusivrechte für die Frachtinspektionen im Hafen von Karachi an und verlangte im Gegenzug eine Bezahlung von sechs Prozent Kommission. Die Cotecna S.A. stieg auf den Handel ein und bestätigte die Abmachung in einem Brief, den sie am 29. Juni 1994 der Mariston Inc. – zu Händen des Genfer Anwaltes – sandte.

Neben Cotecna geschäftete auch die ebenfalls im Frachtgeschäft tätige Schweizer Firma Société Générale de Surveillance (SGS) mit dem Ehepaar Bhutto-Zardari. Letztes Jahr war es in Pakistan wegen der beiden Schweizer Firmen zu einer Kontroverse gekommen. Die Lobby der pakistanischen Importunternehmen hatte sich bei der Regierung mehrmals beschwert – und dabei (nicht ohne Eigeninteresse) behauptet, ihre Ware werde durch die von den beiden Schweizer Firmen erhobenen Gebühren erheblich verteuert. Letzten Dezember gab ein Regierungssprecher bekannt, dass Pakistan in den Jahren 1995 und 1996 rund 4.4 Milliarden Rupien an Cotecna S.A. und SGS bezahlt habe. Sollte das Ehepaar Bhutto-Zardari sechs Prozent davon erhalten haben, hat es allein auf diesem Wege 264 Millionen Rupien (11 Millionen Franken) eingenommen.

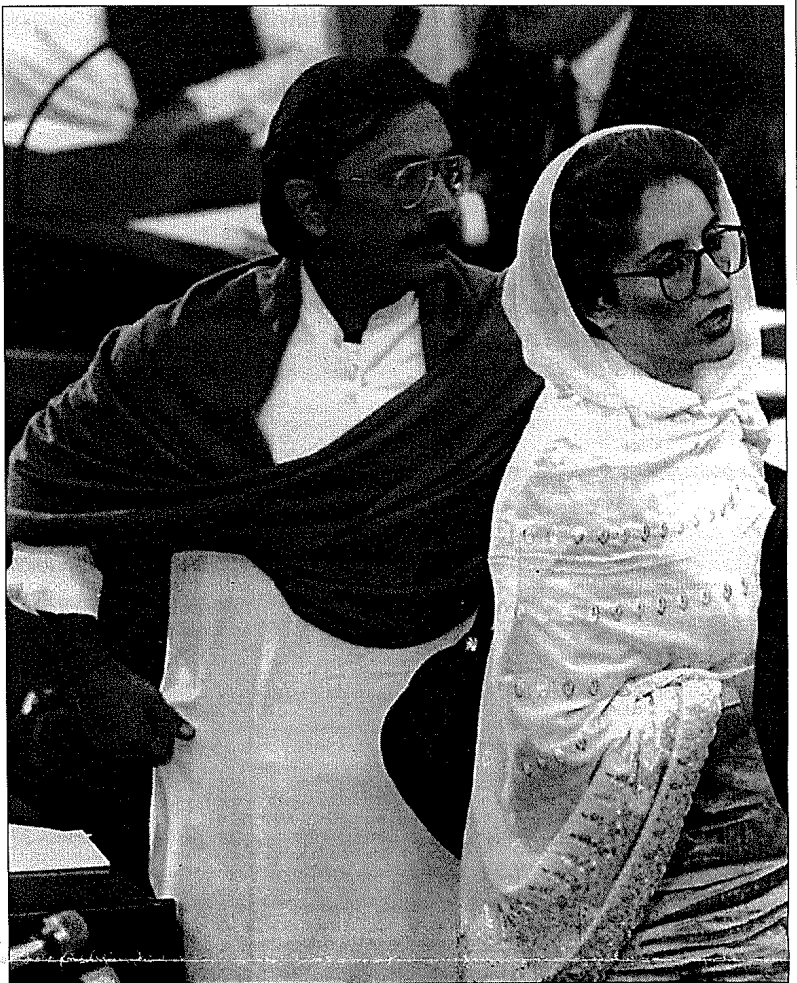
Laut einer behördlichen Urkunde der Jungferninseln vom 5. Januar 1994 – Benazir Bhutto hatte drei Monate zuvor zum zweiten Mal das Amt der Premierministerin übernommen – liess das Ehepaar durch Anwalt Schlegelmilch auch die Firmen Bomer Finance Inc. und Capricorn Trading S.A. gründen. Ihr Inhaber ist jeweils der Ehemann der damaligen Regierungschefin.

Aus einem Bankbeleg der Citibank (vom 4. Mai 1995) geht hervor, dass Zardari sich etwa mehr als zehn Millionen US-Dollar von einem New Yorker Konto auf eines seiner Konten in Genf (Konto 0/342034/004 der Capricorn S.A.) überweisen liess. Der pakistanische Senator Rehman erklärte an einer Pressekonferenz, er habe ausreichend Beweise, dass dieses Geld unrechtmässig erworben worden sei. Benazir Bhutto habe ihrem geschäftstreibenden Ehemann Staatsaufträge zugeschanzt, die er über die eigenen Tarnfirmen abwickelte; dabei habe Zardari auch «Kommissionen» eingesteckt.

SORGFALTPFLICHT – WAS IST DAS?

Der Genfer Anwalt Schlegelmilch führte jeweils Buch über die Geldverschiebungen des Ehepaars. Aus Kontokarten der Bomer Inc. geht hervor, dass die UBS die Hausbank dieser Firma ist (Konto 552383) und dass das angehäufte Geld zu je fünfzig Prozent den beiden Ehepartnern gutgeschrieben wurde. Die UBS liess jedoch – wie nicht anders zu erwarten war – verlaufen, auf den Konten ihrer Kunden gebe es kein illegal erworbenes Geld. Dies ist jedoch nur eine vorsorgliche Schutzbehauptung – oder Ausdruck dafür, dass die Bank ihrer Sorgfaltspflicht nicht nachkam. Denn erstens liegt laut Senator Rehman der Grossteil der in der Schweiz blockierten achtzig Millionen US-Dollar auf Konten bei der UBS. Zweitens ist es kaum vorstellbar, dass die UBS nicht wusste oder nicht hätte wissen können, wer Inhaber der Bomer Inc. ist, auch wenn das Konto durch einen Anwalt, nämlich Schlegelmilch, eröffnet wurde. Die Citibank zum Beispiel wusste nachweislich, wer Inhaber war – sie hatte bei der Kontoeröffnung eine schriftliche Deklaration über die Besitzverhältnisse verlangt.

Die Banken werden wohl argumentieren, dass Benazir



Bhutto selber kein Konto in der Schweiz hat, sondern lediglich ihr Ehemann und ihre Mutter. Aber selbst für den Fall, dass dies zutrifft, hätten die Banken aufmerksam werden müssen, als Bhutto ihren Asif zum Finanzminister machte und dieser als Politiker sehr wohl für die Transaktionen öffentlich haftbar wurde. Das war im Juli 1996. Nach seiner Ernennung zum Finanzminister war die Staatskasse Asif Zardari gänzlich ausgeliefert. Die Banken blieben auch noch untätig, nachdem Bhutto wegen Korruption und unerlaubter Bereicherung gefeuert worden war und ihr Ehemann ins Gefängnis wanderte.

GELD FÜR DEN CNN

Im November wurde auch das Parlament aufgelöst, ausserdem leiteten die Behörden Ermittlungen gegen Bhuttos Günstlinge ein. Der Rechenschaftskommission fiel es zunächst leichter, einige dieser Günstlinge zu überführen – und sie konnte dabei auch Beweismaterial und Aussagen gegen das Ehepaar sammeln. Das vorläufige Ergebnis der Untersuchung: Das Ehepaar Bhutto-Zardari verwickelte mindestens 52 Staatsangestellte und andere einflussreiche Personen in zahlreiche Delikte, darunter Hinterziehung, Betrug, Fälschung und unerlaubte Bereicherung. Direktoren von siebzehn Staatsbetrieben haben Gesetze und Verordnungen miss-

achtet – teilweise aus eigenen Stücken, teilweise dazu verleitet durch Schmiergeldzahlungen des Ehepaars. Inzwischen haben Mitwissende ausgesagt, etwa die früheren Sekretariatsangestellten beider Ehepartner, der ehemalige Wirtschaftssekretär und die früheren Direktoren der Federal Investigation Agency und des Geheimdienstes IB. Dabei kann heraus, dass beispielsweise das Kot-Addu-Kraftwerk buchhalterisch zu einem Schleuderpreis verkauft worden war, der Käufer jedoch einen weit höheren Betrag zu bezahlen hatte. Auch als die pakistanische Marine französische Unterseeboote kaufte, hielten Bhutto-Zardari die Hand auf. Reis und Zucker durften zu einer Zeit exportiert werden, als es an diesen Nahrungsmitteln mangelte und ihre Ausfuhr verboten war – hauptsächlich, für das Ehepaar fiel etwas ab.

Bhutto und Zardari schmierten ihre Günstlinge auch mit Immobilien. So liess die Premierministerin für 39 Millionen Rupien (1,6 Millionen Franken) in der Strandgegend Hawkesbay bei Karachi Sozialwohnungen bauen. Doch die Wohnungen gingen nicht an Bedürftige, wie die pakistanische Tageszeitung «Dawn» enthüllte – Bhutto verteilte sie unter Verwandten, Beamten und Mitgliedern ihrer Partei, die dort nun ihre Wochenenden verbringen. Im Juli dieses Jahres erging we-

FORTSETZUNG SEITE 10

BENAZIR BHUTTO UND IHR GÖTTERGATTE: Es hat Momente gegeben im Leben der beiden, da sass er nicht im Knast

FOTO: KEYSTONE

Die Bhuttos – fast immer ganz oben

Der Name Bhutto tauchte in der pakistanischen Politik schon bald nach Gründung der Islamischen Republik (1947) auf: Im Jahre 1958 übernahm Zulfikar Ali Bhutto das Amt des Handelsministers. Seither sind VertreterInnen des Grundbesitzer-Clans aus der südlichen Provinz Sindh immer an oder zumindest in der Nähe der Macht gewesen.

Zulfikar Ali Bhutto hatte noch weitere Ministerposten inne (bis 1966), bevor er 1967 die Volkspartei Pakistan People's Party (PPP) gründete. Seine Parole «Brot, Kleidung, Beheizung für alle» über-

zeugte einen Teil der Bevölkerung – von 1971 bis 1977 war Bhutto Premierminister, zwei Jahre davon auch noch Präsident. Im Juli 1977 putschte das Militär unter Zia ul-Haq, der Bhutto Anfang 1978 zum Tode verurteilte und im April 1979 aufhängen liess.

Kurz danach wurden Nusrat Bhutto, die Witwe des PPP-Gründers, zur Vorsitzenden und ihre Tochter Benazir zur stellvertretenden Vorsitzenden der Volkspartei gekürt; vor allem Benazir Bhutto («BB») galt in den folgenden Jahren (die sie teilweise im Londoner Exil verbrachte) als wichtigste Figur der Opposition gegen die Militärs. Sie gewann Ende 1988 die Wahlen (im Sommer war Zia ul-Haq bei einem bisher ungeklärten Flugzeugabsturz ums Leben gekommen) und regierte als Pakistans erste Premierministerin bis August 1990. Dann setzte Präsident Ghulam Ishaq Khan die mittlerweile heftig umstrittene BB ab. Seine Begründung: Nepotismus und «politische Unfähigkeit». BB verlor die folgende Wahl, die von ihrem Hauptwiderracher Nawaz Sharif gewonnen wurde. Während dessen Amtszeit forderte BB die Militärs zum Staatsstreich auf – die Ge-

nerale sollten Sharif absetzen. Sharif wurde dann auch im April 1993 seines Amtes enthoben, aber vom Präsidenten, der Sharif (wie zuvor Bhutto) Korruption und Inkompetenz vorwarf.

Zur von Bhutto unterstützten Übergangsregierung gehörte auch ihr Mann Asif Ali Zardari, der kurz zuvor nach zweijähriger Untersuchungshaft (Vorwürfe: Korruption, Kidnapping) gegen Kautions auf freien Fuss gesetzt worden war. Im Oktober 1993 war BB dann endlich wieder Premierministerin – bis November 1996, als sie erneut abgesetzt wurde.

MUMIA ABU JAMAL: WIEDER DROHT DIE HINRICHTUNG

Der Gouverneur hat's eilig

Internationale Solidarität mit dem zum Tode verurteilten afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu Jamal verhinderte vor zwei Jahren seine Hinrichtung. Jetzt bittet sein Anwalt Leonard Weinglass erneut um Unterstützung.

INTERVIEW: PETER NOWAK

WoZ: Vor über zwei Jahren wurde der Hinrichtungstermin für Mumia Abu Jamal ausgesetzt. Die Entscheidung über eine Wiederaufnahme des Verfahrens ist aber immer noch nicht gefällt worden.

Leonard Weinglass: Nein, aber mit einer Entscheidung des Supreme Courts Pennsylvanias ist jetzt bald zu rechnen. Er wird sie auf Basis der Aktenlage fällen, nachdem er Ende Februar eine mündliche Anhörung ablehnte. Wir gehen davon aus, dass das Gericht unseren Antrag auf ein neues Verfahren ablehnen wird. Thomas Ridge, der Gouverneur von Pennsylvania, hat bereits angekündigt, dass er nach einem für Mumia negativen Entscheid sogleich einen neuen Hinrichtungstermin festsetzen will. Der vehemente Todesstrafenbefürworter Ridge hat den Ehrgeiz, Mumia während seiner Amtszeit auf den elektrischen Stuhl zu bringen.

Und dann?
Wir werden dann vor die letzte Instanz, den Supreme Court der USA, ziehen in der Hoffnung, dass dort das Urteil aufgehoben und ein neues Verfahren anberaumt wird. Aufgrund des neuen «Antiterrorismusegesetzes», das Clinton als Reaktion auf das Bombenattentat von Oklahoma einbrachte, haben sich diese Chancen jedoch enorm verringert. Ein Zusatz dieses Gesetzes schränkt nämlich das verfassungsmässig garantierte Recht auf eine Überprüfung des gesamten Falls und des Strafmasses wesentlich ein. Immerhin wurden früher vierzig Prozent aller Todesstrafenurteile nach dieser Überprüfung durch den Supreme Court der USA aufgehoben. Doch sein Entscheidungsspielraum wurde jetzt auf ein Minimum begrenzt, das oberste Bundesgericht kann nur noch in Fällen «übermässiger» Verletzung der Rechte des Angeklagten eine Aufhebung der Strafe und ein neues Verfahren anordnen – wobei wohlweislich keine Definition von «übermässig» gegeben wurde.

Sie haben doch in den letzten Monaten neue Entlastungszeugen für Mumia gefunden. Was haben sie ausgesagt?

Kurz zum Tathergang: Mumia Abu Jamal wird am 9. Dezember 1981 zufällig Augenzeuge, als sein Bruder von Polizisten misshandelt wird. Er will ihm zu Hilfe eilen. Am Ende bleiben ein toter Polizist und der schwerverletzte Mumia am Ort zurück. Zeugen haben ursprünglich unabhängig voneinander ausgesagt, sie hätten gesehen, wie der Schütze vom Tatort geflohen sei. Sie haben ihn identisch beschrieben, und auch die Fluchttrichtung stimmte überein. Vor dem Prozess haben dann alle Zeugen bis auf einen ihre Aussagen zurückgezogen. Sie wurden ebenso unter Druck gesetzt wie die beiden Frauen, die wir nach langer Suche ausfindig machen konnten.

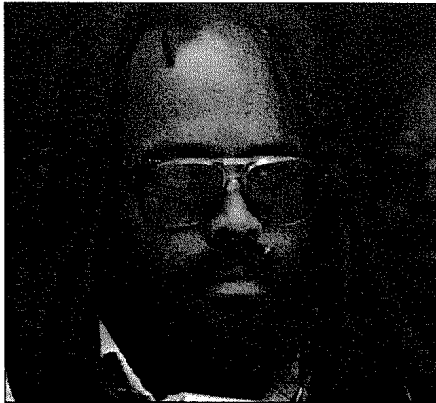
Die ehemalige Prostituierte Pamela Jenkins sagte aus, dass ihr 1982 von der Polizei für eine Aussage gegen Mumia Geld angeboten worden sei. Der zweiten Zeugin, Veronica Jones, die gerade wegen eines anderen Delikts verhaftet worden war, wurde von der Polizei Straffreiheit versprochen, wenn sie gegen Mumia aussage. Veronica Jones hatte zwei Kinder zu versorgen und war dadurch unter grossem Druck. Sie willigte ein, nicht für Mumia, aber auch nicht direkt gegen ihn auszusagen. Vor Gericht behauptete sie einfach, nichts gesehen zu haben. Wir konnten ihren jetzigen Aufenthalt ausfindig machen, und 1995 widerrief sie vor Gericht ihre frühere Aussage. Direkt aus dem Zeugenstand heraus liess sie der Richter daraufhin verhaften, weil sie angeblich zwei Jahre zuvor einen ungedeckten Scheck in Umlauf gebracht hatte.

Solche Aussagen reichen nicht für die Wiederaufnahme des Verfahrens?

Sicher würden sie reichen, wenn in den USA die Demokratie und das Justizwesen so funktionierten, wie immer behauptet wird. Doch der Fall Mumia zeigt von Anfang an, dass dieses Selbstbild nicht stimmt. Mumia ist einer von über dreitausend Menschen, die seit mehr als fünfzehn Jahren in der Todeszelle vegetieren müssen. Seit der Reagan-Wahl 1980 hat sich die Zahl der Hinrichtungen vervierfacht. Die Kosten für Gefängnisneubauten haben sich immens erhöht. Reagans Nachfolger Bush und Clinton haben diesen Kurs beibehalten.

Mumia Abu Jamal ist mittlerweile international bekannt. Gibt ihm das nicht einen gewissen Schutz?

Er ist zur Zeit der einzige politische Gefangene in der Todeszelle. Doch die Bekanntheit allein schützt nicht vor der Vollstreckung des Todesurteils. Die Rosenbergs oder Sacco und Vanzetti waren ebenfalls weltweit bekannt, und trotzdem konnte ihre Hinrichtung



WERDEN SIE ES WAGEN, IHN UMZUBRINGEN? Für die US-Gerichte und die Massenmedien ist Abu Jamal erwiesenermassen ein Polizistenmörder. Für den Rest der Welt ist er ein politischer Gefangener, der zumindest einen fairen Prozess verdient hat. FOTO: KEYSTONE

nicht verhindert werden. Mumia war vor seiner Verhaftung ein nicht nur bei der Polizei und den Behörden Philiphas bekannter und verhasster Radiojournalist. Seine Beiträge über rassistische Praktiken der Polizei fanden landesweite Beachtung. Er war durch seine Prominenz weniger geschützt als vielmehr gefährdet.

Mittlerweile gewinnt ihr Mandant aber auch breite Unterstützung in den USA.

Ja, vor kurzem gab es zum Beispiel in San Francisco die grösste Solidaritätsveranstaltung für einen politischen Gefangenen seit den siebziger Jahren. Der Bürgermeister von San Francisco rief offiziell den «Tag der Freiheit für Mumia Abu Jamal» aus, und die juristische Fakultät der Universität San Francisco verlieh ihm einen Ehrendoktor. Sogar die Gewerkschaft schwarzer Polizisten fordert die Wiederaufnahme seines Verfahrens und liegt deshalb mit ihren weissen Kollegen im Clinch.

Welche Bedeutung hat die internationale Solidaritätsarbeit für Abu Jamal?

Was die Entscheidung des Gerichts bisher hinausgezögert und damit das Leben meines Mandanten gerettet hat, ist das internationale Interesse an dem Fall. Nach dem Willen des Gerichts soll Mumias Verurteilung in einer Art und Weise geschehen, die in der Öffentlichkeit innerhalb und ausserhalb der USA politisch vermittelbar bleibt. Führende Tageszeitungen haben schon als «pragmatische» Lösung vorgeschlagen, Mumias Todesurteil in eine lebenslängliche Haftstrafe umzuwandeln. Wenn das internationale Interesse nachlasse, wäre Mumias Leben akut bedroht.

kurz und quer

USA: GIGANTISCHE NEUE DATENBANK

Was der Schweiz ihr Bankgeheimnis, war die USA bisher die Niederlassungsfreiheit. Zwar ist eine behördliche Meldepflicht in den USA auch weiterhin nicht vorgesehen, doch werden ab 1. Oktober landesweit alle Neugestellten (New Hires) in einer nationalen Datenbank mit Namen und Adresse, ArbeitgeberIn, Sozialversicherungsnummer und Höhe des Lohnes erfasst. In einigen Staaten sollen zusätzlich Telefonnummer, Geburtsdatum, Fahrausweisnummer und Krankenkassenzugehörigkeit der LohnempfängerInnen gespeichert werden. Sechzig Millionen Neugestellte werden schon im ersten Betriebsjahr erwartet – die US-Regierung ist dabei, sich das grösste und aktuellste Verzeichnis persönlicher Daten aufzubauen. Begründet wird der Schritt mit den bisherigen Schwierigkeiten, Kinderarmut einzutreiben. Nur die Hälfte aller Alleinerziehenden erhalten heute das Geld, das ihnen zustünde. Mit dem neuen Verzeichnis können der Schuldner – und sein Einkommen – auch in einem weit entfernten Staat schnell ausgemacht und die Alimente gemäss Gerichtsbeschluss vom Lohn abgezogen werden. Doch die Behörden finden die Informationen auch anderweitig höchst zweckdienlich. So können künftig staatliche Sozialleistungen wie Medicaid, Essensmarken oder Fürsorgeleistungen prompt reduziert oder ganz beendet werden, sobald die KlientInnen eine Anstellung gefunden haben. Eine gigantische Datenbank mit breitem Anwendungsspektrum und wenig Datenschutz, so das Resümee besorgter ExpertInnen.

PERU: SINKENDE COCA-PRODUKTION

Nach wie vor werden in Peru zwar die meisten Coca-Sträucher angebaut, bei der Ernte der Coca-Blätter fiel das Land jedoch an die dritte Stelle hinter Kolumbien und Bolivien zurück. Verantwortlich dafür waren nach Ansicht von Experten peruanischer Nichtregierungsorganisationen nicht die famosen US-Programme zur Zerstörung der Coca-Felder, sondern veränderte Konsumgewohnheiten (vom Kokain zum Heroin) der BenutzerInnen in den Metropolen, vor allem in den USA, die zu einem dramatischen Preiseinbruch beim Hauptingrediens für das Kokain, den Coca-Blättern, geführt haben. Die derzeitige Anbaufläche von Sträuchern in Peru beläuft sich nach Schätzungen des Innenministeriums auf etwa 75 000 Hektar, unabhängige Experten gehen von noch grösseren Flächen aus. Abgeerntet werden jedoch nur noch weniger als 50 000 Hektar. Das ist die Folge eines Preisverfalls von 3 Dollar pro Kilo Blätter (1994) auf bestenfalls noch 80 Cents. In den bisherigen peruanischen Anbauzentren in den Tälern des Apurimac und Huallaga am Ostabhang der Anden gaben daraufhin viele Bauern ihre Felder auf. Dafür entstehen neue Anbaugelände in höher gelegenen Gebieten Perus, etwa in der Umgebung der alten Hauptstadt Cusco. Für die dortigen, ungleich ärmeren Bauern sind auch 80 Cents noch ein guter Preis.

Winkelzüge eines ... Fortsetzung von Seite 9

gen einer Liegenschaftsaffäre Anzeige gegen Bhutto – sie habe sich und ihren Günstlingen Staatsgrundstücke unter Wert verkauft.

Benazir Bhuttos Geschäfte wirkten sich nicht allein auf die Staatsfinanzen aus (und auf die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des Landes und der Bevölkerung). Sie konnte sich kraft ihres Amtes auch eine gute Medienberichterstattung leisten. So liess sie im Januar 1994 durch ihren Ehemann dem Herausgeber der Tageszeitung «Frontier Post» fünf Millionen Rupien (rund 200 000 Franken) zukommen, der Betrag ging zu Lasten des Regierungskontos «Special Services», des Kontos für «besondere Dienstleistungen». Aus demselben Konto liess Bhutto weitere fünf Millionen Rupien dem Verleger von «Fact» (Pakistan) und «Siasi Log» überweisen. Die Verleger verpflichteten sich im Gegenzug, regierungskritische Berichterstattung zu unterlassen und statt dessen Meldungen zu veröffentlichen, die das Informationsministerium verfasste. Weitere vier Millionen gab sie aus, um beim US-amerikanischen Nachrichtensender CNN und bei anderen grossen Medien Interviewauftritte zu erhalten. Bhutto, die Referentin zum Thema Staatsführung, hat diese hohe Kunst tatsächlich beherrscht – jedenfalls eine Weile lang.

VIER VERFAHREN MIT GUTER AUSSICHT

Nun bereitet die Rechenschaftskommission je vier Strafverfahren gegen Benazir Bhutto

to, ihren Ehemann und ihre Mutter vor. Eine Verurteilung in diesen Verfahren würde, davon ist Senator Rehman überzeugt, dem pakistanischen Begehren in der Schweiz helfen. Und ein Urteil dürfte nicht allzu schwer zu erwirken sein. Denn eines der vier Verfahren soll sich auf das Wahlgesetz stützen. Nach diesem Wahlgesetz muss jede Person, die sich politischen Wahlen stellt, ihr Vermögen wahrheitsgetreu und vollständig deklarieren. Stellt sich heraus, dass ihre Angaben falsch oder unvollständig waren, kann diese Person – auch im nachhinein – für nicht wählbar erklärt werden, ihr Amt verlieren und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt werden. Benazir Bhutto, ihr Ehemann und ihre Mutter hatten im letzten Wahlkampf ihre ausländischen Vermögen aber verschwiegen.

Das zweite Verfahren stützt sich auf ein Gesetz, das PolitikerInnen verbietet, über die Verhältnisse des deklarierten Einkommens und Vermögens zu leben. Das dritte Verfahren bezieht sich auf die Hinterziehung der Einkommens- und Vermögenssteuer; auch hier dürfte eine Beweisführung nicht schwierig sein. Beim vierten und – aufgrund der schwachen Stellung der Justiz in Pakistan – am schwierigsten zu beweisenden Vorwurf geht es um Korruption.

Hinter der Bile, mit der die Verfahren betrieben werden, stecken allerdings nicht nur lautere Motive. Und es sind auch keine Engel, die da wirken. Von 1990 bis 1993 war der

heutige Regierungschef Nawaz Sharif schon einmal Premier, und seinerzeit soll auch er seine Agenten und Propagandisten aus dem «Special Services»-Konto entlohnt haben. Mittlerweile laufen gegen ihn ebenfalls Untersuchungen, weil er sowohl als Chefminister der Provinz Pandschab als auch als Premierminister Grundstücke an Günstlinge verteilt haben soll. Sharifs Bau- und Handelsimperium Ittefaq kann laut gut informierten Quellen nach wie vor mit lukrativen Staatsaufträgen rechnen. Ebenso das Grossunternehmen Redco, das Senator Rehman gehört – dem Vorsitzenden der Rechenschaftskommission. Senator Rehmans Bruder Mudschbil versuche zur Zeit, so heisst es, über Redco den Kauf neuer Boeing-Flugzeuge für die nationale Fluggesellschaft PIA abzuwickeln: im Erfolgsfall wäre Redco eine Provision sicher.

Es erstaunt daher nicht weiter, dass die Rechenschaftskommission die Mitglieder der jetzigen Regierungspartei (Pakistan Muslim-Liga) weitgehend unbeteiligt lässt, obwohl es auch unter ihnen eine ganze Reihe von Korrupten und Kriminellen gibt. Aber diese sind die Mitwisser und Mittäter von heute. Ausserdem geht es der jetzigen Regierung nicht allein darum, gestohlenen Geld zurückzuholen – der Prozess gegen das Gespann Bhutto-Zardari soll auch gleichzeitig die grösste Oppositionspartei schwächen, Benazir Bhuttos Volkspartei.



Wir sagen JA zu Jugend ohne Drogen

